



Haushaltsrede 2026

27.01.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Abel, Herr Bürgermeister Verrengia,

Sehr geehrte Damen und Herren,

viel erhofft hat sich unser Land durch die Bundestagswahl 2025 und einen Politikwechsel gewünscht. Die Regierung wurde klar abgewählt und dem rechts-konservativen Lager eine rechnerische Mehrheit gegeben. Genutzt wurde diese nicht.

Grundlegende Reformen und eine Wende vor allem in der Migrations-, Wirtschaftspolitik- und Energiepolitik wurden im Wahlkampf versprochen. Auch an der Schuldenbremse sollte nicht gerüttelt werden. Nun, ein knappes Jahr später macht sich Ernüchterung breit. Wahlversprechen wurden in atemberaubender Geschwindigkeit gebrochen. Neue Schulden in bis dato nicht bekannter Größe aufgenommen. Probleme wie Bürokratie oder zu hohe Energiekosten werden nicht ernsthaft angegangen. Die Wirtschaft befindet sich laut BDI im „freien Fall“. Auch in der Migrationsfrage sind die Zahlen noch viel zu hoch und belasten die Haushalte enorm.

Unser Steuergeld wird weiterhin mit vollen Händen in der ganzen Welt verteilt oder unnötige NGOs finanziert, während unsere eigene Infrastruktur zerfällt.

Weiterhin verzeichnen wir steigende Gewalt- und Sexualstraftaten und auch Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste.

Außerhalb Deutschlands gibt es weiterhin viele ungelöste Krisen und Probleme. Einzig positiv hat sich ein Schweigen der Waffen im Gaza entwickelt. Die Großmächte handeln zunehmend egoistisch, Verträge oder bisherige Gepflogenheiten werden über Bord geworfen und wirken auf eine neue Weltordnung hin.

Nun zur wirtschaftlichen Situation der Stadt Balingen.

Seit dem Jahr 2021 weist der Ergebnishaushalt eine unausgeglichene Planung auf. Auch in diesem Jahr wird mit einem unausgeglichenen Haushalt geplant. Um 1,78 Mio. € übersteigen die Aufwendungen 2026 die Erträge. Die Stadt hat zum Ende des Jahres 2025 knapp 26 Mio. € Schulden.

Die Gewerbesteuer der Stadt Balingen ist weiter gestiegen. Mit über 30 Mio. € liegen diese 2025 um rund 2,2 Mio. € über der Planung. Für 2026 sind Einnahmen von 31 Mio. € geplant. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer liegt bei 370 und bleibt auch für 2026 bestehen. Das ist richtig, denn eine Erhöhung zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes an dieser Stelle wäre bei der aktuellen wirtschaftlichen Lage der falsche Weg. Die Entwicklung der Gewerbesteuer ist dank einer geringen Abhängigkeit von der Automobilindustrie und dem Maschinenbau der Balinger Wirtschaft geschuldet.

Noch wirkt sich die konjunkturelle Flaute auch nicht auf die Anteile der Einkommens- und Umsatzsteuer des Haushaltes aus und beträgt 2026 rund 30,3 Mio. €.

Nach der Grundsteuerreform zeichnet sich ein Anstieg von 6,25 Mio. € 2025 auf 6,9 Mio. € 2026 ab. Somit bedarf es aus unserer Sicht keiner weiteren Anpassung der Hebesätze. Kräftig zur Kasse gebeten werden allerdings seit der Reform vor allem Besitzer von Einfamilienhäusern mit größeren Grundstücken.

Der Hebesatz der Kreisumlage ist auf hohem Niveau bei 32,5% stabil, jedoch müssen trotzdem 1,74 Mio. € mehr wegen der gestiegenen Steuerkraftsumme bezahlt werden. Signifikant schlecht steht der Balinger Haushalt da, wenn es um die Höhe der Investitionsausgaben pro Einwohner geht. Mit einem umgerechneten Investitionsvolumen von 490 € pro Einwohner liegen wir weit abgeschlagen um rund 50% unter dem Durchschnitt anderer kommunaler Haushalte.

Hier gilt es künftig den Fokus darauf zu richten, um dieses Missverhältnis zu verringern. Durch das Sondervermögen bzw. Sonderschulden des Bundes stehen der Stadt Balingen bis 2036 voraussichtlich insgesamt 20,6 Mio. € mehr zur Verfügung. Diese können zwar Investitionen fördern oder Fehlbeträge der Kommune vermindern, müssen aber trotzdem vom Steuerzahler bezahlt werden, sind also insgesamt ein Taschenspielertrick.

Die Verwaltung hat gute Ansätze, um Kosten einzusparen.

Wir loben hier ausdrücklich die federführenden Arbeiten von Oberbürgermeister Abel und Bürgermeister Verrengia, um den Haushalt zu konsolidieren. Erwähnenswert ist hierbei die angestrebte dauerhafte Reduzierung der Personalkosten um 2 Mio. €. Umstrukturierung, Vereinfachung und Verschlankung der Verwaltung ist der richtige Weg, um die immer weiter steigenden Personalkosten in den Griff zu bekommen. Mit 40,4 Mio. € stellen diese nämlich im Haushalt 2026 einen neuen Höchststand dar. Dies sind 29,5% der ordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

Auch den geplanten Weg der Gebäudeverkäufe und eine Zentralisierung der Verwaltung werden wir positiv begleiten. Dadurch lassen sich Abläufe, teure Sanierungen und auch hohe Energiekosten einsparen.

In diesem Zug muss jedoch die Digitalisierung einhergehen mit Bürokratieabbau. Verwaltungsabläufe müssen optimiert und für den Bürger soweit möglich digitalisiert werden. Es mag sein, dass durch Umstrukturierung manche Leistungen der Verwaltung nicht mehr im aktuellen Umfang vor Ort angeboten werden können. Aber dann vielleicht bequem online und von zu Hause aus.

Die geplanten Kosten von 2,4 Mio. € für Digitalisierung im Haushalt 2026 (dies entspricht fast einer Verdoppelung gegenüber 2025) halten wir für eine richtige und zukunftsweisende Investition.

Mit der Zollernalb-Data ist ein 10 jähriges Erfolgsmodell als Tochter der Stadtwerke hervorgegangen. Die Versorgung mit High-Speed Internet und dem Ausbau des Glasfasernetzes sind deren Kernaufgaben. Immer größere Datenflüsse von Firmen und Privatkunden müssen zukünftig bedient werden. Im vergangenen Jahr wurde der Netzausbau vorangetrieben, sowohl in Teilorten als auch innerstädtisch. Dennoch gibt es noch zu viele Gebiete ohne Glasfaseranschluss. Wir wünschen uns, dass der Netzausbau von allen Beteiligten forciert vorangetrieben wird und Balingen dadurch als attraktiver Standort punktet.

Leider gescheitert ist das Nutzungskonzept um das Strasser-Areal. Dies gibt nun auch der AfD-Fraktion die Gelegenheit, sich neue Ansätze um die Verwendung dieses Geländes im Herzen von Balingen und die liebgewonnene Plaza zu überlegen und einzubringen. Wir sind für alle Ideen seitens der Verwaltung, der anderen Fraktionen und natürlich für Anregungen aus der Bevölkerung offen. Es gilt für das Strasser-Areal eine bestmögliche Nutzung zu erreichen.

Die Sportförderung durch die Stadt ist und bleibt in der AfD Fraktion ein wichtiges Anliegen. Das Vereinswesen ist eine wichtige Säule und hat enorme Bedeutung für soziale Bindungen, Gemeinschaft und Zusammenhalt. Mit der aktuellen Sanierung des Kunstrasenplatzes ist ein finanziell intensives Projekt gestartet. Umso erfreulicher ist der Umstand, dass die Umsetzung ca. 600 000 € günstiger im Vergleich zur ursprünglichen Kostenplanung betragen soll. Auch andere Vereine benötigen natürlich finanzielle Unterstützung. Hierbei ist es wichtig, ausgewogen und nach dringendem Bedarf Mittel einzusetzen. Die Ergebnisse der Sportstättenkonzeption 2027 werden uns hierbei sicherlich als Kompass für künftige Entscheidungen einen guten Dienst erweisen.

Mit dem geplanten Neubau einer Ganztageseinrichtung in der Charlottenstraße und den dadurch entstehenden 4 neuen Gruppen wird sich die Kinderbetreuung hoffentlich wesentlich auch auf lange Sicht hin verbessern.

Die Neustrukturierung der Betreuungsformen zum 01.08.26 ist ein weiterer wichtiger Schritt in die Zukunft. Durch einheitliche Strukturen, der verlängerten Vormittagsbetreuung, der Ganztagesbetreuung in drei städtischen Kitas bis 17 Uhr und weiteren Maßnahmen werden Wünsche der Eltern berücksichtigt. Auch der Einsatz von Fachpersonal wird bedarfsgerechter gestaltet und dadurch Kosten gesenkt. Durch die längeren Betreuungszeiten werden künftig auch höhere Zuwendungen vom Land erwartet und kommen der Stadtkasse zugute.

Auch an den Schulen tut sich was, so wird ja gerade z.B. die Realschule saniert. Hier gilt es möglichst zügig die Planungen umzusetzen, da natürlich die Arbeiten den schulischen Ablauf erschweren und Kinder zurzeit auch in Containern unterrichtet werden müssen.

Ebenso ist es wichtig, dass die Abnahme von Baumaßnahmen sehr sorgfältig durchgeführt werden, damit nicht Jahre später – wie schon geschehen – noch Baumängel entdeckt und teure Reparaturen erfolgen müssen.

Kitas, Schulen, Geld für unsere Kultur- und Sporttreibenden Vereine sind für uns gut angelegtes Geld. Auch unsere Jugendmusikschule, die Mediothek, die Wissenswerkstatt und die VHS leisten einen hervorragenden Dienst für unsere Gesellschaft.

Balingen ist eine sehr lebhafte und florierende Einkaufsstadt. Dies hat auch mit den kostenlosen Parkplätzen zu tun. Die Parkraumbewirtschaftung belastet die Stadtkasse, da bisher keine Parkgebühren erhoben werden. Dieser Umstand ist jedoch sehr förderlich, um Menschen nach Balingen zu locken und somit die Wirtschaft zu stärken. Dieser Umstand des kostenlosen Parkens ist als Image für Balingen unbezahltbar und muss aus unserer Sicht erhalten bleiben.

Um künftig Geld in die Stadtkasse zu spülen sollen Windanlagen errichtet werden. Wir als AfD-Fraktion sind gegen die Errichtung von Windkraftanlagen auf den betreffenden Gemarkungen. Denn das Wichtigste für eine Windkraftanlage ist Wind. Und genau dieser fehlt an den geplanten Standorten. Die Windleistungsdichte wird laut Windatlas BW von 2019 mit 250 bis 310 W/m² angegeben. Die Berechnungsgrundlagen sind nicht öffentlich. Bei tatsächlichen Windmessungen und Nachrechnungen des BI und weiteren Experten sind die Werte im Windatlas als systematisch um bis zu 30% zu hoch angesetzt. Somit ist der Wert an den geplanten Orten unter der Rentabilitätsgrenze von ca. 215 W/m² anzunehmen. Dieses Areal ist daher aus technischer Sicht nicht geeignet. Diese Problematik habe ich bereits in einer Besprechung thematisiert ohne dabei Gehör zu finden. Jetzt, ganz in unserer Nähe hat es sich bei einem Projekt in Rangendingen/Grosselfingen gezeigt: Der Bau von sieben Windkraftanlagen ist gestoppt worden. Zitat: „Ausschlaggebend für diesen Schritt sind die vorliegenden Ergebnisse der Windmessungen. Diese zeigen auf, dass die ursprünglich prognostizierten Windverhältnisse an den geplanten Standorten im Bereich Zollernalb nicht erreicht werden. Aus Sicht beider Projektträger ist damit ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlagen nicht gegeben.“

Im Gebiet Rangendingen/Grosselfingen wird die Windleistungsdichte ebenfalls mit 250 bis 310 W/m² angegeben. Jedoch lagen die tatsächlichen Windmessungen dort 10 – 15% unter den prognostizierten Werten. Dies entspricht einer Leistungsminderung der Anlagen von 27-40%. Die Entfernung von den geplanten Standorten bei Owingen und denen bei Rangendingen betragen gerade einmal 8 km Luftlinie. Somit muss jetzt das Ganze vor diesem Hintergrund nochmals hinterfragt werden. Die Gesetze der Physik lassen sich nicht durch ideologische Ansichten oder Wunschdenken aushebeln.

Wirtschaftsplan Stadtwerke

Die Stadtwerke sind als Dienstleister für Wasser und der Energieversorgung mit Strom und Gas nicht wegzudenken. Jedoch hat sich nach Jahren mit ansehnlichen geplanten Gewinnen (zuletzt im Jahr 2025 rund 746 000 €) das Ergebnis ins Negative gedreht. Ein Minus von rund 120 000 € steht zu Buche. Ein erheblicher negativer Planansatz im Vergleich zu den Vorjahren hat sich aufgetan. Die Gründe sind vielschichtig und der Stadtwerkeführung bekannt. Es darf aber nicht sein, dass unser Gremium erst so spät diese Misere dargelegt bekommt. Eine frühere Information seitens der Verwaltung bei erkennbar signifikant schlechteren Wirtschaftsdaten ist unabdingbar und eine tiefergreifende Analyse im Vorbericht hätten wir uns ebenfalls gewünscht. Auch erwarten wir, dass nun zeitnah konkrete Vorschläge und Möglichkeiten erarbeitet werden, um das Betriebsergebnis wieder zu verbessern.

Dazu gehört auch, dass teure und fragwürdige Investitionen der Stadtwerke auf den Prüfstand kommen müssen. Als Beispiel sei hier z.B. das digitale Schwimmbecken genannt. Die Schwimmbäder insgesamt belasten jedes Jahr negativ die Bilanz der Stadtwerke. Dennoch ist es für die AfD-Fraktion klar, dass die Schwimmbäder als solche nicht zur Disposition stehen.

Zum Schluss möchten wir uns noch bei allen Mitarbeitern der Verwaltung, bei der Feuerwehr, der VHS, der Musikschule und den vielen weiteren Organisationen unserer Stadt bedanken, die zum Wohl unserer schönen Heimat Balingen beitragen.

Die Rahmenbedingungen für die Stadt werden aufgrund immer neuer gesetzlicher Aufgaben seitens vom Land und Bund immer schwieriger. Ein grundlegender Kurswechsel dieser Politik ist nicht erkennbar.

Die Stadtverwaltung versucht ihr Möglichstes, mit den vorhandenen Mitteln einen vernünftigen und genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Auch auf der Ausgabenseite werden neue Wege und Ideen kreiert, um Einsparungen zu erreichen.

Wir, die AfD-Fraktion werden dem vorgelegten Haushaltsplan 2026 der Stadt Balingen aus diesem Grunde zustimmen.

Ebenso stimmen wir den vorgelegten Haushaltsentwürfen der Stadtwerke und der Stadtentwässerung zu.

Fraktionsvorsitzender AfD-Fraktion

Frank Grimm